

Der Schein trügt bei der Papizeit

Die Schweiz sei familienpolitisch ein Entwicklungsland in Europa, argumentieren Befürworter eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs. Ein Blick über die Landesgrenze zeigt aber: Auch bei unseren Nachbarn ist nicht alles Gold, was glänzt.

Quentin Schlapbach

BERN Links der Mitte war man regelrecht empört. Der Bundesrat entschied vorletzte Woche am selben Tag, dass er für die Olympischen Spiele eine Milliarde lockermachen will, für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub aber keinen roten Rappen. «Für wen genau macht diese Regierung Politik?», fragte sich SP-Nationalrat Cédric Wermuth auf Twitter. Auch CVP-Nationalrätin Barbara Schmid Federer konnte den Entscheid kaum fassen: «Ohne Gegenvorschlag? Das glaube ich jetzt echt nicht, lieber Bundesrat...»

Der Tenor der Befürworter war klar: In anderen europäischen Ländern werden Väter durch Vaterschaftsurlaube und Elternzeit aktiv zur Familienarbeit ermuntert, die Schweiz hingegen bleibt in veralteten Rollenbildern verhaftet. Im internationalen Vergleich sei man ein Entwicklungsland, schreiben die Initianten auf ihrer Website.

Als Beweis für den Aufholbedarf zeigen die Befürworter gern eine Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dort sieht man, dass sogar Länder wie die Türkei oder Mexiko heute mehr für ihre Väter tun als die Schweiz (siehe Grafik). Es fällt auch auf, dass die umliegenden Länder alle sehr grosszügige Regelungen haben: Deutschland und Österreich mit je 9 Wochen, Frankreich sogar mit 28 Wochen Vaterschaftszeit.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich bei den drei Ländern jedoch eine grosse Diskrepanz zwischen dem möglichen Anspruch und der Wirklichkeit.

Deutschland: Vorteil für Besserverdienende

Am besten funktioniert das System noch in Deutschland. 36 Prozent der frischgebackenen Väter bezogen hier 2016 eine Auszeit vom Beruf – Tendenz steigend. Frau und Mann können sich eine bezahlte Elternzeit frei aufteilen. In der



Väter reissen sich nicht um die Kinderbetreuung.

Bild Fotolia

Regel nimmt die Frau zwölf Monate in Anspruch, der Mann zwei.

Der Haken: Die neusten Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen, dass fast nur gut verdienende Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen. 2016 verfügten drei Viertel der männlichen Leistungsbezüger über ein Nettoeinkommen, das über dem Durchschnitt liegt. Der Grund ist simpel: Es werden nur 67 Prozent des Einkommens ausbezahlt. Wer wenig verdient, kann sich die Papizeit darum gar nicht leisten.

Frankreich: Knapp drei Wochen Elternzeit

In Frankreich nutzen immerhin sieben von zehn Vätern die 14 Tage Vaterschaftsurlaub gleich nach der Geburt – in der Regel zu gleich bleibendem Lohn. Nur Besserverdienende

müssen Einbussen in Kauf nehmen. Vom weitergehenden Elternurlaub machen gemäss einer OECD-Studie aus dem Jahr 2016 aber nur gerade 4 Prozent Gebrauch. Auch hier ist der Grund simpel: Die berufliche Auszeit respektive Pensenreduktion muss zwar vom Arbeitgeber zwingend gewährt werden, aber sie ist unbezahlt. Von den möglichen 28 Wochen bleiben somit im Regelfall nicht einmal drei übrig.

Österreich: Nur einer von 20 Papis bleibt zu Hause

Noch bitterer sieht es bei Österreichs Papis aus. Zwar können die Eltern während ganzen 24 Monaten Kinderbetreuungsgeld beziehen. Dieses Geld wird aber jeweils nur an einen Elternteil ausbezahlt. Ein gleichzeitiger Bezug wie in Deutschland steht nicht im

Angebot. Für Väter ist es zudem erst zwei Monate nach der Geburt möglich, einen Anspruch geltend zu machen. Die Folge: Auch in Österreich bleibt die Zahl betreuender Papis seit Jahren im tiefen einstelligen Prozentbereich.

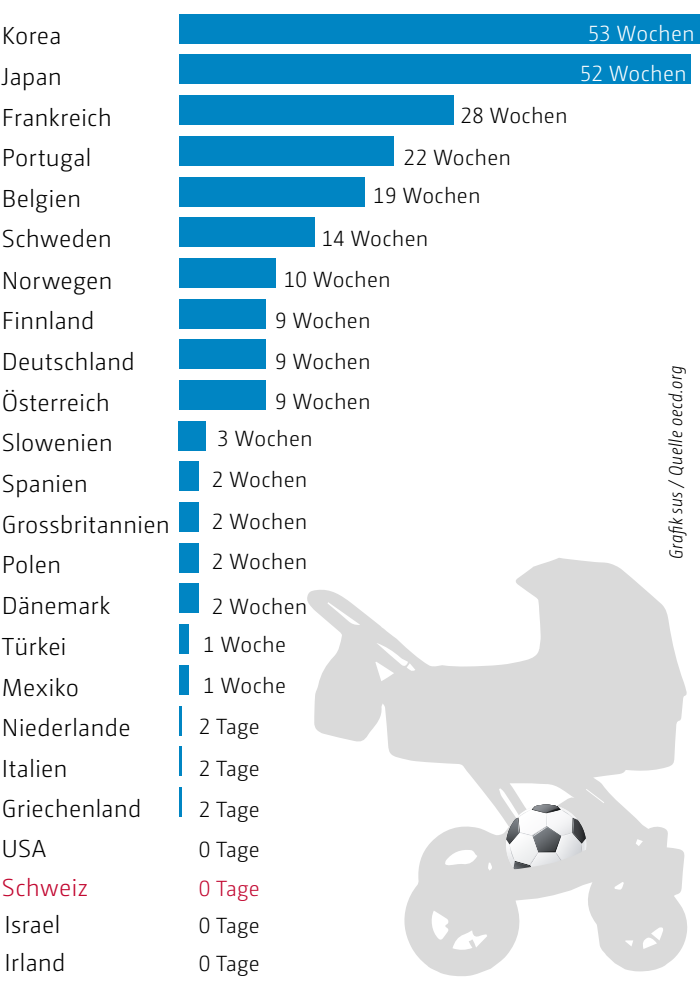
Zudem ist es erst seit März 2017 für Väter überhaupt möglich, unmittelbar nach der Geburt des Kindes zu Hause zu bleiben. Der sogenannte Papi-monat wird mit pauschal 700 Euro aus der Krankenkasse vergütet. Nicht nur die tiefe Vergütung macht dieses Angebot unattraktiv. Es braucht auch für die vierwöchige Abwesenheit eine Bewilligung vom Arbeitgeber – einen rechtlichen Anspruch gibt es weiterhin nicht.

Die Schweizer Lösung wäre vergleichsweise grosszügig

Adrian Wüthrich ist Vereinspräsident der Initiative «Vaterschaftsurlaub jetzt» und Präsident von Travail Suisse, welche die Initiative lanciert hat. Er sagt, dass man sich beim Verfassen des Initiativtextes explizit nicht am Ausland orientierte. «Wir haben uns überlegt, was eine vernünftige Lösung für die Schweiz sein könnte.» Deshalb habe man «grössere Wünsche», wie zum Beispiel eine ausgebaute Elternzeit wie in Deutschland, vorerst nicht berücksichtigt. «Für uns sind diese 4 Wochen bereits ein Kompromiss», so Wüthrich.

Auch wenn die Zahlen auf den ersten Blick etwas anderes aussagen: Würde die Initiative angenommen, wären die Väter in der Schweiz vergleichsweise gutgestellt. Im Gegensatz zu Deutschland würden zum Beispiel 80 statt 67 Prozent des Gehalts ausbezahlt werden. Bereits heute kennen vor allem grosse Unternehmen in der Schweiz teils noch grosszügigere Modelle als im Initiativtext gefordert. Auch die meisten öffentlichen Arbeitgeber gehen übers gesetzliche Minimum von einem Tag. Der Kampfbeginn Entwicklungsland, welche die Befürworter oft und gern verwenden, gilt also bereits heute nur bedingt

Bezahlte Vaterschafts- und Elternzeit, die nur vom Vater bezogen werden kann.



Grafik sus / Quelle oecd.org

Unternehmen

Grosszügige Firmen

+ Auf politischer Ebene hat die Diskussion um einen gesetzlich verankerten Vaterschaftsurlaub erst begonnen. Doch in den Schaltzentralen der Grosskonzerne werden bereits Fakten geschaffen. Und diese Regelungen fallen teils weit grosszügiger aus als die Lösung im Initiativtext (siehe Haupttext). Die Unternehmen Johnson & Johnson und Ikea haben beispielsweise angekündigt, ab 2018 neu einen Vaterschaftsurlaub von 8 Wochen einzuführen. Auch andere Firmen wie AXA, Mobility (20 Tage), Clariant (16 Tage), IBM, Mobiliar, Migros, Raiffeisen (je

15 Tage) UBS, CS, Swiss Re, Swisscom, SBB, SRG, Lidl, Post und ZKB (je 10 Tage) gehen bereits heute weit übers gesetzliche Minimum von einem Tag. Das hat auch mit Eigennutz zu tun: Eine grosszügige Regelung beim Vaterschaftsurlaub macht ein Unternehmen für junge, talentierte Arbeitnehmer mit Familienwunsch besonders attraktiv. Auch die öffentliche Hand ist am Aufstücken. In den meisten Kantonen sind heute 5 Tage Papizeit Standard. Bei einigen Kantonen (Bern, Basel, Genf, Waadt) sind es 10 Tage, so auch beim Bund. *qsc*

Unterstützung für die SRG

RIEHEN/ENNENDA Die Grünen und die BDP stärken der SRG den Rücken im Kampf gegen die «No Billag»-Initiative, die die Radio- und TV-Gebühren abschaffen will.

Bei den Grünen fiel der Delegiertenentscheid für die Nein-Parole am Wochenende einstimmig. Mit «No Billag» würde die Medienlandschaft zum Spielfeld von ein paar reichen Medieneigentümern, nötig sei aber ein starkes und vielfältiges Mediensystem, um eine demokratische Debatte und den Zusammenhalt der Landesteile zu garantieren, so die Grünen.

Auch das BDP-Nein zu «No Billag» fiel deutlich aus. Eine Annahme der radikalen Initiative würde die Solidarität zwischen den Sprachgemeinden aufheben und den medialen Service public zerschlagen, hiess an der Delegiertenversammlung in Ennenda. *sda*

Billigere Billette gefordert

Der Preisüberwacher fordert von den staatsnahen Betrieben, die Reduktion der Mehrwertsteuer an die Kunden weiterzugeben. Die SBB sehen dazu keinen Grund.

BERN Das Volksnein zur Rentenreform von Ende September führt zu einer Reduktion der Mehrwertsteuer per 1. Januar 2018 – der normale Mehrwertsteuersatz sinkt dann von 8 auf 7,7 Prozent. Der Grund: Die bislang für die Zusatzfinanzierung der IV genutzten Gelder können nicht wie in der Reform geplant der AHV zugeführt werden.

Die grossen Detailhändler Migros und Coop hatten bereits direkt nach der Abstimmung angekündigt, die Senkung an die Kundschaft weiterzugeben. Dasselbe fordert nun der Preisüberwacher Stefan Meierhans auch von den staatsnahen Betrieben. Diese hätten eine besondere Verantwortung, die Kunden vom Nachlass profitieren zu lassen, sagte Meierhans gestern auf Anfrage und bestätigte

einen Artikel der «NZZ am Sonntag». Obwohl es sich häufig nur um Kleinbeträge handle, könnten den Konsumenten aufs Jahr gerechnet erhebliche Beträge entgehen. Eine «grobe Schätzung» hat laut Meierhans ergeben, dass die Senkung der Mehrwertsteuer allein beim gesamten öffentlichen Verkehr rund 20 Millionen Franken im Jahr ausmachen dürfte. Das Gros entfalle dabei auf die SBB.

Unnachgiebige SBB

Diese teilten mit, dass die Preise mit der Senkung des Mehrwertsteuersatzes «konstant gehalten» werden sollen – tiefere Billettpreise wird es also nicht geben.

Mit der Mehrwertsteuersenkung werde die Teuerung 2017 von 0,5 Prozent kompensiert, argumentierten die SBB. Der Verband des öffentlichen Ver-

kehrs CH-direct hatte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Da die SBB die Mehrwertsteuerbeträge nicht separat ausweisen würden, könnten sie auch nicht angeben, wie viel eine Mehrwertsteuersenkung insgesamt ausmachen würde. Die Post plant bei der Mehrwertsteuerreducierung dagegen ein differenziertes Vorgehen. Die Steuer werde grundsätzlich an den neuen Satz angepasst, dies betreffe «hauptsächlich Geschäftskunden», sagt Postmediensprecherin Jacqueline Bühlmann. Bei Produkten, bei denen die Mehrwertsteuer im Preis enthalten sei, lohne sich der Aufwand jedoch nicht.

Preisüberwacher Meierhans ist mit der Poststrategie zwar teilweise zufrieden, findet aber, dass es sich in der Summe um «nicht vernachlässigbare Beträge» handle. *sda*

Kampfansage an den radikalen Islam

Im Umgang mit dem radikalen Islam fordert die SVP eine Nulltoleranzpolitik und scharfe Massnahmen.

FRAUENFELD Die SVP sagt dem radikalen Islam in der Schweiz den Kampf an. Sie verabschiedete am Samstag in Frauenfeld einen Forderungskatalog, wonach etwa Imame unter Beobachtung gestellt und die Grenzen systematisch kontrolliert werden sollen. Verlangt wird auch ein Verbot von Moscheen und islamischen Institutionen, die den radikalen Islam verbreiten. Zudem soll die finanzielle Förderung des Islam aus dem Ausland unterbunden und Jihad-Rückkehrer in Sicherheitshaft gesetzt werden. SVP-Präsident Albert Rösti verglich den radikalen Islam mit einer «Bestie,

die unsere freiheitliche Gesellschaft ausrotten will».

Viel zu lange habe «die politische Klasse in Bundesbern und in den Kantonen und Gemeinden die Folgen der schleichenden Islamisierung sträflich vernachlässigt», sagte der Solothurner Nationalrat Walter Wobmann.

Bund und Kantone arbeiten derweil am nationalen Aktionsplan gegen den Terror, der bis Ende Jahr vorliegen soll. Geplant sind 26 präventive Massnahmen im Kampf gegen den Extremismus, wie aus einem internen Entwurf hervorgeht, den die «SonntagsZeitung» zitiert.

Angedacht sind demnach etwa Ausbildungen für Asylbetreuer oder Verantwortliche von Sportvereinen sowie neue Lehrmittel über Extremismus an den Schulen oder eine spezielle Medienschulung. *sda*